



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Sozialdemokratie und die öffentliche Meinung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Sozialdemokratie und die öffentliche Meinung



u den vielen in Sachen der Sozialdemokratie umlaufenden Schlagwörtern und Gemeinplätzen hat sich neuerdings ein Wort gefellt, das für die Denkweise gewisser Kreise charakteristisch genug erscheint, um einer eingehendern Erörterung unterzogen zu werden: wir meinen das durch die liberale Presse und von ihr aus durch einen großen Teil der gebildeten Bevölkerung gehende Wort von den „bloß taktischen Differenzen“ innerhalb der Sozialdemokratie.*)

Daß die Sozialdemokratie selbst den in ihrem Lager ausgebrochenen Zwist zwischen den Alten und den Jungen im eignen Interesse als etwas möglichst Harmloses und im Grunde Unbedeutendes hinzustellen sucht, kann füglich nicht Wunder nehmen. Erstaunen aber müßte man über die Leichtigkeit, mit der das von sozialdemokratischer Seite erfundene Wort aufgegriffen und nachgesprochen worden ist, wenn man nicht schon aus früheren Vorgängen wüßte, wie die Dinge liegen. Das gebildete Publikum, gewohnt den Vorgängen innerhalb der Sozialdemokratie eine bloß oberflächliche Beachtung zu schenken, trotzdem aber oder vielleicht gerade deshalb sehr geneigt, die gesamte Sozialdemokratie als eine einheitliche revolutionäre Masse aufzufassen, hat sich wieder einmal durch eine schön klingende Phrase bestechen lassen und ist damit zu dem ebenso bequemen wie trostlosen Ergebnis gelangt, daß doch nichts zu machen sei, daß für diesmal der Satz nicht gelte, der doch sonst gewöhnlich gilt, daß von einem Streite zwischen zweien der dritte den Vorteil habe. Glaubt nur nicht — so hieß es —, daß dem Streite innerhalb der Sozialdemokratie irgendwelche ernstere Bedeutung beizumessen sei; es handelt sich ja nur um unbedeutende Unterschiede in der Taktik, im entscheidenden Augenblick wird uns die Sozialdemokratie doch einig gegenüberstehen. Durchgängig wurde dann an diese Betrachtung als einzige Nutzenanwendung die unbestimmte Mahnung geknüpft, sich nicht in falsche Sicherheit wiegen zu lassen und gegenüber der Umsturzpartei nach wie vor auf der Hut zu sein.

*) Dieser Aufsatz sieht das gegenwärtige Treiben innerhalb der Sozialdemokratie und die ganze Weiterentwicklung unsrer politischen Zustände in einem wesentlich andern, günstigeren Lichte, als alle unsre bisherigen Aufsätze über diesen Gegenstand, insbesondre auch als der Aufsatz an der Spitze dieses Heftes. Wir haben ihn trotzdem oder gerade deshalb gern zum Abdruck gebracht. Wenn er doch Recht behielte!

D. Red.

Was jedem Unbefangenen sofort an dieser Erörterungsweise auffallen muß, das ist ihre gänzliche Unfruchtbarkeit. Es soll gar nicht betont werden, daß es sich um die Sozialdemokratie, also um eine Partei handelt, deren Vorhandensein der gegenwärtigen Zeit geradezu das Gepräge giebt, und deren Verhalten, deren Thaten und Unthaten dem zukünftigen Geschichtschreiber gewiß wichtiger erscheinen werden, als die jüngst in der Presse bis zum Überdruß breitgetretenen Zwistigkeiten zwischen Herrn Richter und den frühern Sezessionisten. Es soll nur einfach gesagt werden: innerhalb einer großen politischen Partei wird ein heftiger Meinungsstreit ausgefochten, und da wissen die ihr gegenüberstehenden Parteien nichts andres zu sagen als: das geht uns gar nichts an, daraus können wir für uns nichts entnehmen? Das kann nicht richtig sein und ist auch nicht richtig.

Es bedarf wahrlich nicht der Gelehrsamkeit, sondern nur eines geringen Maßes von Unbefangenheit und eines flüchtigen Blickes auf die Auslassungen der Vertreter der beiden Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie, um zu erkennen, daß es sich um sehr viel mehr handelt, als um untergeordnete „taktische Differenzen.“ Man vergleiche nur die Reden des Dr. Wille, des Schuhmachers Baginsky einerseits und die bemerkenswerte Rede anderseits, die der Abgeordnete Bebel am 25. August dieses Jahres in Berlin gehalten hat. Hier die sogenannten Jungen, die doch eigentlich die Alten sind, weil sie nichts gelernt und nichts vergessen haben, dort das alte Parteihaupt, das zwar keine seiner Ideen vom Zukunftsstaat aufgegeben hat, das aber doch so ganz anders spricht, als es früher gesprochen hat. Hier der alte pessimistische Groll, der nichts von diesem Staate hofft und erwartet, der die Mitarbeit an der Gesetzgebung als aussichtslos verwirft und verabscheut, der verlangt, daß unverhüllt auf den Umsturz alles Bestehenden hingearbeitet, daß nicht parlamentirt, sondern nur agitirt, und daß, wie Herr Baginsky sagt, offen erklärt werde: „Was kümmern uns die Philister? Wir sind und bleiben eine revolutionäre Partei.“ Dem gegenüber in der Rede des Abgeordneten Bebel, welche grundverschiedne Auffassung! „Die Sozialdemokratie hat stets — so heißt es da — das Prinzip vertreten, daß sie sich am Parlamentarismus beteiligen müsse. Und wenn wir in den Reichstag wählen, dann können wir doch nicht sagen: wir haben zwar gewählt, im übrigen aber ziehen wir uns in den Schmollwinkel zurück und überlassen das Übrige unsern Gegnern.“ Welcher Abstand zwischen der revolutionären Verachtung der Philister und dem ehrlichen Bekenntnis des Herrn Bebel, daß es doch nicht zu leugnen sei, daß eine große Zahl von Arbeitern sozialdemokratisch gewählt habe, obgleich sie eine Besserung ihrer Lage vom heutigen Staate hoffe, welcher Abstand zwischen den „revolutionären Phrasen“ — so nennt sie Herr Bebel wörtlich — der Jungen und dem opportunistischen Standpunkte Bebels, daß der Normalarbeitstag, die Abschaffung der Sonntagsarbeit, bessere Arbeitsbedingungen u. s. w. doch geeignet

feien, die Arbeiter kampffähiger zu machen, und daß, wenn dies alles zu verwerfen wäre, weil damit die Endziele der Sozialdemokratie noch nicht erreicht feien, überhaupt das ganze Gewerkschaftswesen zu verwerfen wäre. „Es ist richtig — meint Herr Bebel zum Schluß — auf dem Wege des Parlamentarismus kann die soziale Frage nicht gelöst werden, aber sie kann auf diesem Wege ihrer Lösung wesentlich näher geführt werden.“

Wer bei solchen Gegensätzen noch von „bloß taktischen Differenzen“ spricht, der täuscht sich und andre. Gewiß, Herr Bebel verwirft die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung noch so grundsätzlich, wie er dies früher gethan hat. Aber er hofft — und darin besteht eben sein grundsätzlicher Unterschied von den Jungen und von seinen eignen früheren, radikaleren Anschauungen — gerade auf dem Boden des heutigen Staates, auf dem Boden positiver Mitarbeit an der Gesetzgebung seinem Ziele näher zu kommen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als — wenigstens zur Zeit — eine stillschweigende Anerkennung der bestehenden Gesellschaftsordnung, als die grundsätzliche Verwerfung der von den Jungen mit größerer oder geringerer Deutlichkeit geforderten Propaganda der That, als den Übergang von einem Umstürzler in der Praxis zu einem bloß theoretischen Umstürzler, der in der Praxis zunächst soziale Reformpolitik treibt. Herr Bebel und mit ihm die Parteileitung der Sozialdemokratie ist — darin haben die Jungen ganz Recht — auf dem Wege, „Possibilist“ zu werden; ja er hat eigentlich das *tolerari posse* gegenüber dem jetzigen Staate schon ausgesprochen.

So sehen wir denn, daß der Kampf innerhalb der Sozialdemokratie von der größten Bedeutung nicht nur für diese selbst, sondern für uns alle ist. Von dem Siege der einen oder der andern Richtung hängt die Zukunft der Sozialdemokratie, mit ihr aber auch die Zukunft unsrer ganzen innern Entwicklung ab. Siegen die radikalen Bestandteile, dann haben die Recht gehabt, die die soziale Frage für eine lediglich militärische Frage erklärt haben, dann gehen wir ernsten Zeiten, Zeiten schwerer innerer Kämpfe, sicherlich aber auch einer Zeit entgegen, wo die Partei der Revolution als Besiegte am Boden liegen wird. Siegen aber die gemäßigten Bestandteile, dann wird allmählich aus der Sozialdemokratie eine radikale Reformpartei herauswachsen, die ihren berechtigten Einfluß auf die Fortbildung unsers Staats- und Gesellschaftslebens ausüben wird.

Wir zweifeln nicht daran, daß trotz aller Verirrungen, trotz aller Verhehungen und — sagen wir es gerade heraus — trotz des gewaltigen Standesvorurteils, von dem großen Teile des Bürgertums noch immer beherrscht werden, der endliche Sieg der gemäßigteren Richtung bei vielleicht zeitweiligem Überwiegen der extremen gesichert erscheint. Denn dies Ziel entspricht der Gerechtigkeit und der Geschichte.

Wie es mit radikalen Umstürzbewegungen, denen ein berechtigter Kern zu Grunde liegt, immer geht, so geht es auch hier wieder. Als revolutionäre

Partei führt sich die Bewegung ein, und mit himmelansturmender Kritik gegenüber allem Bestehenden vereinigt sie, Schrecken und Furcht um sich verbreitend, eine Kraft der Propaganda, die keine Gewaltmittel zurückzudrängen vermögen. Aber je weiter die Kreise des Volkes werden, die sich der Bewegung anschließen, desto weiter wird auch der Gesichtskreis der Partei und ihrer Führer, desto größer für sie die Notwendigkeit, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und nicht so ohne weiteres einen Staat über den Haufen zu werfen, von dem man selbst einen so bedeutenden Teil bildet. Je größer die Zahl der Anhänger wird, desto größer wird die Zahl und der Einfluß der besonnenen Elemente, die sich zuerst der Bewegung gegenüber spröde verhalten haben und sich ihr auch jetzt nicht um doktrinäer, weitaussehender Zukunftsideen willen, sondern zur Erreichung praktischer Aufgaben auf dem Boden des Staates anschließen. Die Bewegung gewinnt an Breite; aber was sie an Breite gewinnt, verliert sie an revolutionärer Kraft. Die Herrschaft der Unbedingten nähert sich ihrem Ende. Zugleich beginnt der bestehende Staat, wenn er noch Lebensberechtigung und Lebenskraft genug besitzt, von der richtigen Annahme ausgehend, daß eine Bewegung, die so gewaltige Ausdehnung annimmt, ihren Grund in bestehenden Mißständen haben müsse, den Ursachen der Bewegung nachzuspüren, berechnete Beschwerden zu erkennen und ihnen durch Reformen abzuweichen, und auch dies trägt wieder nur dazu bei, den Einfluß der Gemäßigten zu erhöhen, den Pessimismus der Revolutionäre Lügen zu strafen und die Parteileitung zu veranlassen, friedlichere Saiten aufzuziehen, um die besonnenen Bestandteile, die im Gegensatz zu dem Häuflein Verzeiwelter die wahre Macht der Partei bilden, bei der Fahne zu halten.

Das ist der Weg, auf dem sich trotz mancher Zwischenfälle und Verzögerungen noch immer die Partei des Bestehenden und die Partei der Zukunftshoffnungen einander genähert und gegen einander abgeschliffen haben, und so werden sich auch diesmal wieder zwei Welten mit einander vereinigen, die sich zunächst abzustößen und auszuschließen schienen, die so entfernt von einander waren, daß die Kleinmütigen meinten, es gäbe keinen andern Ausweg als den physischen Kampf, die Kleinmütigen, denen das Gesetz der Weltordnung unbekannt ist, daß wir trotz allem fortschreiten, und daß sich immer und immer wieder aus menschlichem Unsinn göttlicher Sinn entwickelt.

Dem Wissenden mag es freilich trivial klingen, aber bei der Neigung des gebildeten Publikums, namentlich des erst so jung emporgekommenen Bürgertums, das seines eignen Ursprunges nicht mehr recht eingedenk ist, gegenüber der Sozialdemokratie alle beruhigenden Lehren der Vergangenheit in den Wind zu schlagen, ist es doch nützlich, es öfter zu wiederholen, wie es sich doch ganz ebenso verhielt mit dem Ansturm, den in unserm Jahrhundert das Bürgertum gegenüber dem Staate unternommen hat. Wem muß nicht, wenn er sich die deutsche Geschichte der ersten Hälfte unsers Jahrhunderts vergegen-

wärtigt, die zwingende Ähnlichkeit auffallen zwischen dem vaterlandslosen Stürmen und Drängen unsrer damaligen bürgerlichen Demokratie, die gleichfalls alles Heil von dem allgemeinen Zusammensturz erwartete, und der Sozialdemokratie? Nun, der damalige Staat ist dem Ansturme der Demokratie nicht unterlegen; bei aller Thatkraft gegenüber den Putzchen der Unbedingten war er weitfichtig genug, die im Interesse des aufkommenden Bürgertums notwendigen Reformen im richtigen Augenblick eintreten zu lassen, und allen Prophezeiungen der damals herrschenden Klassen zum Trotz sind aus verbitterten Demagogen nützliche Bürger, aus der Partei der Demokratie die staatserkhaltenden Parteien des liberalen Bürgertums geworden, während die radikale Ursprungspartei allen Boden im Volke verlor. Auch die die Interessen der arbeitenden Klassen vertretende Sozialdemokratie wird dieselbe Wandlung durchmachen. Mit ihren größern Zwecken wachsend und durch eine weise sozialreformatorische Thätigkeit unsrer lebenskräftigen Monarchie immer mehr zu positiver Mitarbeit gedrängt, wird sie allmählich aus einer fanatischen Sekte eine soziale Reformpartei werden, und die Zeit wird kommen, wo man mit demselben ruhigen Blut auf die Verhehungen und Jugendthorheiten der heutigen Sozialdemokratie zurückblicken wird, wie wir Heutigen auf das wüste Geschrei der Demokratie der vierziger Jahre.

Dafür, daß uns dieser Entwicklungsgang bevorsteht, ist der gegenwärtige Zwist innerhalb der Sozialdemokratie das erste bedeutsame Zeichen. Die Sozialdemokratie, soweit sie überhaupt Beachtung verdient, beginnt ihre Kampfstellung aufzugeben und auf den äußersten linken Flügel der großen Sozialreformpartei zu treten.

Das ist die Lehre, die wir aus den sogenannten „taktischen Differenzen“ zu ziehen haben. Sie steht in Einklang mit unsrer aus der Geschichte aller Zeiten geschöpften Überzeugung, daß wir in einer vernünftigen, von einem allweisen Willen geleiteten, in allmählich fortschreitender Entwicklung bestimmten Zielen zustrebenden Welt leben. Die Nutzenanwendung, die wir aus dieser Lehre zu ziehen haben, ergiebt sich von selbst. Sie geht dahin, daß wir bei aller Strenge gegenüber Aufwiegelungen und Aufstandsversuchen eines wie immer neuerungsfüchtigen, zu Ausschreitungen geneigten großstädtischen Proletariats unbeirrt durch die Extravaganzen der einen, durch die Beklemmungen der andern fortzuschreiten haben auf den Wegen der von unserm Kaiser verfolgten Versöhnungspolitik. Dies ist der Weg der Rettung; einen andern giebt es nicht.

